

Jugend und Politik

In der Präambel des DGB-Grundsatzprogrammes heißt es:

„Die Gewerkschaften sind aufgerufen, am stetigen Ausbau des sozialen Rechtsstaates und an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft mitzuwirken.“

Diesen Auftrag nehmen die Gewerkschaften deshalb so ernst, weil sie sich ständig bewußt sind, daß zwischen der demokratischen Staats- und Lebensform und der Tätigkeit freier Gewerkschaften ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Auf Grund böser Erfahrungen, die Gewerkschaften — viele ihrer Mitglieder am eigenen Leibe — im „Tausendjährigen Reich“ und im „Arbeiter- und Bauernparadies“ machen mußten, gilt ihr Einsatz der Festigung, dem Ausbau und insbesondere der Zukunftssicherung unserer jungen Demokratie. Erst in diesem größeren Zusammenhang wird ganz klar, welche ausschlaggebende Bedeutung dem Verhältnis der Jugend zur Politik zukommt und warum sich die Gewerkschaften ständig mit dieser Frage beschäftigen müssen. Wenn unsere junge Demokratie auch morgen noch Bestand haben soll, muß es uns heute gelingen, die Jugend an die demokratische Gesellschaft heranzuführen und sie umfassend auf ihre staatsbürgerliche und politische Verantwortung vorzubereiten. Ihre Reserve gegenüber der Auseinandersetzung mit diesen Fragen muß deshalb überwunden werden.

I. Was sagt die Wissenschaft?

Prof. *Walter Jaide*, Rektor der pädagogischen Hochschule Hannover, hat sich durch mehrere wissenschaftliche Untersuchungen über das Verhältnis junger Menschen zur Politik einen Namen gemacht. In einer Repräsentativuntersuchung¹⁾, die er in den Jahren 1958 bis 1962 unter Jugendlichen der Geburtsjahrgänge 1940 bis 1946 durchführte, unterscheidet er folgende 5 Typen:

Engagierte

Diesen jungen Menschen ist die Demokratie Lebensinhalt und Lebensstil. Sie sind deshalb nicht nur interessiert und gut informiert, sondern — und das ist entscheidend — *aktionsbereit*. Sie erfassen das demokratische Leben als einen dynamischen, evolutionären Prozeß, in dem die Freiheit auf ihren verschiedenen Ebenen erst noch bzw. immer wieder aufs neue errungen, erhalten und reformiert werden muß. Den Engagierten ist die Demokratie mehr als nur Geschäftsordnung. Sie verlangen, daß sie gelebt wird, nicht nur ständig demonstriert.

Die Engagierten machen 10—12 Prozent der Jugendlichen aus. Sie sind wesentlich stärker unter der männlichen als unter der weiblichen Jugend vertreten. Ihr Prozentsatz ist auch unter den höher gebildeten Jugendlichen wesentlich größer, genauso wie unter der Großstadtjugend im Vergleich zur Landjugend.

Interessierte

Auch dieser Kreis Jugendlicher setzt sich ständig mit politischen Fragen auseinander. Die Interessierten unterscheiden sich von den Engagierten nur sehr wenig in der gedanklichen Anteilnahme am politischen Geschehen, wohl aber auffällig in ihrer Reserve gegenüber politischer *Aktivität*. Sie legen ganz besonderen Wert auf eine sachliche Infor-

1) Vgl. Prof. Jaide, *Eine neue Generation?*, Juventa-Verlag, München 1961, und *Jugend und Politik*, Originalmanuskript eines Grundsatzreferates anläßlich der Ruhrfestspiele 1964.

mation über politische Fragen und bejahen ihre staatsbürgerlichen Pflichten, Die Interessierten begegnen der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit mit fielen Vorbehalten. Ihre Reserve gegenüber der politischen Aktivität ist vor allen Dingen auf die Angst vor der „Undurchsichtigkeit“ unserer Gesellschaft zurückzuführen. Der Anteil der Interessierten beträgt 30—35 Prozent.

Indifferente

Diese Gruppe umfaßt nach Professor Jaide Ahnungslose, Unbekümmerte und Desinteressierte.

Die Ahnungslosen machen zu politischen Fragen keinerlei Angaben, sie haben auf Grund völliger Unkenntnis keine eigene Meinung.

Die Unbekümmerten sind mit den politischen Verhältnissen zufrieden und sehen deshalb keinerlei Veranlassung, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen. (Gerade sie fühlen sich natürlich durch einen Slogan wie „keine Experimente“ ganz besonders angesprochen.)

Die Desinteressierten lehnen dagegen die Auseinandersetzung mit politischen Fragen *bewußt* ab. Von Bedeutung ist, daß die Untersuchung ergab, daß von den Desinteressierten viele wissen und zugeben, daß ihr Standpunkt falsch ist. Prof. Jaide berichtet, daß die politische Vorstellungswelt dieser jungen Menschen aus einer — wie er es wörtlich nennt — „merkwürdigen Rumpelkammer voller abgestandener Klischees politischer, historischer und bürgerlicher Vorstellungen“ besteht. Sie weisen immer wieder auf den auch sonst von politisch Desinteressierten so oft zitierten „kleinen Mann“ hin, der ja doch nichts machen könne, weil „die da oben“ sowieso alles allein bestimmen.

Der Anteil der Indifferenten macht 45—50 Prozent aus. Man findet sie auffallend häufig unter den Volks- und Berufsschülern.

Skeptische

Den so bezeichneten Jugendlichen liegt jede politische Aktivität völlig fern. Bei den meisten Indifferenten ist der Grund für die Distanz gegenüber dem politischen Geschehen in der Unbeholfenheit zu suchen, mit diesen schwierigen Fragen fertig zu werden. Die Skeptiker wenden sich dagegen *absichtlich* und *mißmutig* ab. Von ihnen hört man besonders häufig den Satz, daß die Politik sinnlos und schmutzig sei. Sie sind oppositionell und verdrossen, akzeptieren keinen Kompromiß und übertreiben ins Negative. Sie sind immer gegen Ideologien. Ihre positive Funktion besteht darin, daß sie in vielen politischen und gesellschaftlichen Bereichen wache, drastische und mitunter sehr kluge Kritik üben. Sie ziehen aber leider nicht die Konsequenz, daß es in der Demokratie nicht genügt, nur ständig Kritik zu üben, sondern daß man dann auch bereit sein muß, aktiv an der Verbesserung der Verhältnisse mitzuwirken.

Der Anteil der Skeptischen beträgt 8—9 Prozent. Sie rekrutieren sich stark aus männlichen Über- und Hochschülern.

Destruktive

Dieser erfreulicherweise sehr kleine Kreis von jungen Menschen ist vielfach bereit, ein Engagement einzugehen, aber im negativen Sinne. Destruktive engagieren sich nämlich aggressiv *gegen* Mitmensch, Gesellschaft und Staat. Sie haben utopische Vorstellungen von teilweise sehr gefährlicher, z. B. faschistischer, Prägung. Unter ihnen gibt es viele mit rassistischen Vorurteilen, denen die diktatorische Regierungsform als die einzig richtige

Lösung für die schwierigen Probleme im politischen und gesellschaftlichen Bereich erscheint. In sehr vielen Fällen führen persönliche Belastungen, z. B. eine besonders schwere Jugend, zur Haltung und zum Verhalten der Destruktiven. Sie wollen für persönliche Benachteiligungen Rache an der Gesellschaft üben. Der Anteil der Destruktiven beträgt 1 bis allerhöchstens 3 Prozent.

Aus der Untersuchung von Prof. Jaide seien noch einige besonders interessante Zahlen hervorgehoben.

Von den Jugendlichen sind 10 Prozent bereit, sich einer politischen Partei anzuschließen. Jaide bezweifelt allerdings, ob dieser Bereitschaft in den meisten Fällen auch die Tat folgen wird. Das ist verständlich, wenn man weiß, daß heute allerhöchstens 5 Prozent der Jugendlichen in der BRD Mitglieder von politischen bzw. im weitesten Sinne politisch orientierten Jugendorganisationen sind.

Zur Ergänzung seien noch Zahlen aus einer anderen wissenschaftlichen Untersuchung genannt. Im Winterhalbjahr 1961/1962 stellte das „Institut für angewandte Sozialwissenschaft“ (Bad Godesberg) in Berlin eine Repräsentativumfrage²⁾ unter jungen Berlinern zwischen dem 15. und dem 25. Lebensjahr über deren Verhältnis zur Demokratie und Politik an und verglich das Ergebnis mit entsprechenden Zahlen im Bundesgebiet. Nach dieser Umfrage halten sich 60 Prozent der Jugendlichen in Berlin selbst für politisch interessiert, in Hamburg meinen es 54 Prozent. Wie weit das Interesse tatsächlich reicht, kann besonders daran gemessen werden, ob und inwieweit die Jugendlichen das politische Geschehen ständig verfolgen, sich dazu äußern, darüber diskutieren usw. Deshalb sind die Antworten auf die Frage „Wie oft ungefähr unterhalten Sie sich über politische Fragen?“ besonders aufschlußreich. 64 Prozent der jungen Leute in Berlin antworteten, daß sie sich täglich oder mehrmals in der Woche über politische Fragen unterhalten. Deprimierend (und zugleich aufschlußreich) sind die Vergleichszahlen. Sie lauten: für Hamburg 37 Prozent, für das Bundesgebiet insgesamt 29 Prozent.

//. Welche Konsequenzen zeigen sich?

Zunächst kann eindeutig festgestellt werden, daß das Pauschalurteil, die junge Generation in Deutschland interessiere sich überhaupt nicht für politische Fragen, falsch ist. Nach der Untersuchung von Prof. Jaide macht der Kreis der Engagierten und Interessierten immerhin zwischen 40 und 50 Prozent aus. Auch die Untersuchung des „Institutes für angewandte Sozialwissenschaften“ bestätigt, daß es eine beträchtliche Zahl von Jugendlichen gibt, die sich ständig mit politischen Fragen auseinandersetzen.

Das berechtigt allerdings durchaus nicht dazu, mit der jetzigen Situation zufrieden zu sein. Da die Verkündung idealer Zielvorstellungen allein noch nichts an den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ändert, muß Politik immer mit Handeln verbunden sein. Von allen Jugendlichen sind aber nur die Engagierten, die 10—12 Prozent ausmachen, bereit, aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen und über das Interessiertsein und Informiertsein hinaus aktiv mitzugestalten. *Alle Verantwortlichen müssen ihre Bemühungen darauf richten, den Engagierten genügend Möglichkeiten für die praktische Mitarbeit zu bieten. Außerdem müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, den Kreis der Jugendlichen, die bereit sind, aktiv mitzuarbeiten, zu vergrößern.* Dabei sollte man sich zweckmäßigerweise zunächst auf die Interessierten, die ja grundsätzlich zur Mitarbeit bereit sind, konzentrieren. Wenn Prof. Jaide als wesentlichen Grund für deren Reserve gegenüber einer aktiven Mitarbeit die Angst vor der „Undurchsichtigkeit“ unserer Gesellschaft nennt, so müssen alle Bil-

2) Vgl. Untersuchung des Institutes für angewandte Sozialwissenschaften (Bad Godesberg) in Berlin, veröffentlicht in einer Sondernummer der vom Landesjugendring Berlin herausgegebenen Zeitung Blickpunkt, 1963.

dungseinrichtungen, die Parteien und auch die Gewerkschaften eine ihrer wichtigen Aufgaben darin sehen, die Gesellschaft für diese jungen Menschen „durchsichtig“ zu machen. Und einem weiteren Pauschalurteil tritt die Untersuchung von Prof. Jaide entgegen. Wir alle kennen das Schlagwort von der „skeptischen Generation“. ³⁾ Wenn nach allen erreichbaren wissenschaftlichen Untersuchungen, nicht nur nach der von Prof. Jaide, der Anteil der Skeptischen nicht mehr als 8 bzw. 9 Prozent aller Jugendlichen ausmacht, so ist es doch wohl sehr fragwürdig und bedenklich, danach eine ganze Generation etikettieren zu wollen.

Vor dem Hintergrund dieser kurzgefaßten Darstellung und Kommentierung wissenschaftlicher Untersuchungen stellt sich die entscheidende Frage, worauf es zurückzuführen ist, daß der Kreis der jungen Menschen, der an der Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Fragen interessiert bzw. bereit ist, aktiv mitzuarbeiten, nicht größer ist.

Die wichtigsten Gründe lauten:

Unsere Gesellschaft hat als Ganzes noch nicht die richtige Einstellung zur demokratischen Staats- und Lebensform gefunden. Deshalb ist es unrealistisch, gerade von jungen Menschen vorbildliches Verhalten zu erwarten.

Die politische Praxis, wie sie sich jungen Menschen beispielsweise in den Parteien und Parlamenten darbietet, wirkt wenig anziehend auf sie. Es fehlt an guten Vorbildern und für die Engagierten an genügend Möglichkeiten zur Mitverantwortung und Mitarbeit.

Das Bildungssystem in der Bundesrepublik ist völlig veraltet und wird in keiner Form den Anforderungen gerecht, die der demokratische Staat und die moderne Industriegesellschaft stellen müssen.

In den allgemeinbildenden und den berufsbildenden Schulen kommt der staatsbürgerliche Unterricht zu kurz. Vielfach wird er außerdem nicht in einer die jungen Menschen ansprechenden Form gestaltet. Insbesondere wird die Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit in wenig überzeugender Form geführt.

///. Der Einfluß der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit

Die gesamte Frage des Verhältnisses junger Menschen zur Politik kann nur vor dem Hintergrund der Wirklichkeit unseres gesellschaftlichen und politischen Lebens gesehen werden. Als charakteristische Merkmale dieser Wirklichkeit werden u. a. das ausgeprägte Streben nach materiellem Wohlstand, das Desinteresse gerade auch der älteren Generation an der Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Fragen und die fast völlig fehlende Bereitschaft zum persönlichen Engagement bezeichnet. Das Elternhaus und die Schule, über deren Situation noch gesondert zu sprechen ist, versagen in den meisten Fällen in ihrem Auftrag, die ihnen anvertrauten jungen Menschen zu Demokraten und verantwortungsvollen Staatsbürgern zu erziehen.

Wer die Gelegenheit hat, häufig mit jungen Menschen zu diskutieren, wird sehr schnell die Erfahrung machen, daß nichts so politisch bildend auf sie wirkt, wie das politische Geschehen der Gegenwart selbst. Dabei fällt auf, daß die mangelhafte politische Anteilnahme vieler junger Menschen eindeutig mit moralischen Bedenken zusammenhängt, die sie an der Politik schlechthin, an den Politikern und den politischen Parteien hegen. Prof. Jaide faßte das auf einem Jugendforum, das die SPD im August 1963 im Rahmen ihres 3. Deutschlandtreffens in Hamburg durchführte, mit den Worten zusammen: „Diese Jugendlichen kritisieren, daß die Politiker ihnen nicht die Wahrheit

3) Vgl. Prof. Helmut Schelsky, Die skeptische Generation, Verlag E. Diederichs, Köln-Düsseldorf, 4. Auflage 1960. Die Untersuchung selbst bezog sich auf einen genau begrenzten Teil der Jugendlichen; das durch sie geprägte Schlagwort wird heute aber ganz allgemein angewandt.

sagen, nicht die Ziele meinen, die sie vorgeben, nicht den Willen der Wähler respektieren und immer nur Angst haben, Stimmen zu verlieren."

Vor allen Dingen ist zu berücksichtigen, daß jungen Menschen keine schwache Stelle in unserem politischen System verborgen bleibt. Vielleicht liegt es daran, daß sie zwar in jeder „Sonntagsrede“ hören, die Demokratie sei die der Menschenwürde am meisten gerecht werdende Staats- und Lebensform; vergessen wird aber der Hinweis, daß sie zugleich die am schwierigsten zu praktizierende Form ist; und daß sie es sein muß, wenn der einzelne Mensch mit seinen Schwächen, Vorzügen und Lebensansprüchen Mittel- und Zielpunkt aller Bemühungen ist. Diese Tatsachen sollten deutlich gemacht und die Schwächen auf keinen Fall kaschiert werden. Das ist schon allein deshalb erforderlich, weil sich heute alle Erzieher und Soziologen darin einig sind, daß im politischen Bereich gerade bei der Jugend höher als jeglicher Appell zur Mitarbeit die *objektive* Information in Kurs steht. Eine wichtige Aufgabe aller Bildungsarbeit muß darin bestehen, die Jugendlichen dazu zu befähigen, ihre hohen und teilweise idealisierten Erwartungen sowie ihre moralischen Ansprüche an die Politik mit der politischen Wirklichkeit in ein vernünftiges und verantwortliches Verhältnis zu bringen. Sonst bekommen wir nie Staatsbürger, die zur Mitarbeit bereit sind.

Schlechte Charaktere verderben die Politik

Jeder kennt den Slogan, daß die Politik den Charakter verdirbt. Er stellt in dieser generellen Formulierung ein Pauschalurteil dar und kann deshalb berechtigt zurückgewiesen werden. Aber daß dieser Slogan so lange lebt, hängt doch mit seiner Umkehrung zusammen, nämlich damit, daß die schlechten Charaktere die Politik verderben. Aus dieser Sicht erhalten z. B. die Spiegel-, die Fibag- und die Telefonaffäre sowie das mit demokratischen Grundsätzen nicht zu vereinbarende Verhalten der Exminister *Strauß*, *Überländer* und *Krüger*, des amtierenden Ministers *Höcherl* und des Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, *Wenzel Jaksch*, natürlich im negativen Sinne ganz besondere Bedeutung. Wenn man an die Zukunft unserer Demokratie denkt, so ist es sogar die gefährlichste Begleiterscheinung, wenn sich junge Menschen durch solche Affären bzw. das wenig vorbildliche Verhalten führender Politiker kopfschüttelnd von der Demokratie und ihren Institutionen abwenden. So gesehen ist es tatsächlich untragbar, wenn gerade der Innenminister, der kraft Amtes ganz besonders auf die Einhaltung der Verfassung zu achten hat, nichts dagegen hat, wenn man sich ein wenig „außerhalb der Legalität“ bewegt, oder wenn Franz-Josef Strauß, Vorsitzender einer Regierungspartei, allen Literaten, die sich kritisch mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik auseinandersetzen, die Auswanderung empfiehlt. Diese Töne, die auch aus dem „Tausendjährigen Reich“ stammen könnten, wirken zwangsläufig katastrophal auf das Interesse junger Menschen am politischen Geschehen.

Aufgaben der Parteien und politischen Verbände

Nach dem Grundgesetz haben die Parteien die Aufgabe, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Dazu muß gehören, daß sie sich gerade auch um die politische Willensbildung der jungen Menschen kümmern. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben müssen sie deshalb darin sehen, Bildungseinrichtungen zu schaffen, durch die junge Menschen umfassend auf ihre Aufgaben als Staatsbürger vorbereitet werden. Außerdem sollten sie auch aus der Forderung der Jugend nach objektiver Information die richtigen Konsequenzen ziehen. Dazu gehört, daß alle Parteien sehr sorgfältig auf den von ihnen praktizierten politischen Stil achten, insbesondere auch in Zeiten des Wahlkampfes. Damit sollte allerdings nicht gesagt werden, daß der Stil wichtiger ist als der Inhalt der Politik.

Bei ihren Bemühungen um die Jugend sollten auch im eigenen Interesse alle Parteien daran denken, daß bei der Bundestagswahl 1961 der Anteil der Nichtwähler in der Altersgruppe zwischen 21 und 25 Jahren fast 50 Prozent betrug!

Abschließend zu diesem Punkt ist noch eine letzte wichtige Forderung an die politischen Parteien und andere politischen und gesellschaftlichen Verbände, also auch an die Gewerkschaften, zu richten: *Übertrag in euren Organisationen den jungen Menschen so früh wie möglich Verantwortung*. Nur dadurch können sie das Wissen und die praktischen Erfahrungen sammeln, um in der Zukunft bestehen zu können. Redet nicht nur davon, daß Ihr die Mitverantwortung der Jugend wollt, sondern handelt entsprechend! Daß auch hier noch viel nachzuholen ist, mögen die folgenden Zahlen beweisen:

Die Bundesrepublik hat im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten insgesamt 1869 Abgeordnete. Das durchschnittliche Lebensalter aller dieser Abgeordneten betrug am 31. Dezember 1963 52 Jahre. Besonders interessant ist folgende Gegenüberstellung: Während zu Beginn des Jahres 1963 241 Abgeordnete bereits die im allgemeinen Arbeitsleben übliche Pensionierungsgrenze von 65 Jahren überschritten hatten, waren 58 andere noch unter 35 Jahre alt. Richtet man sich nach der Altersbegrenzung von 35 Jahren, wie sie von den Jugendorganisationen der politischen Parteien und dem „Ring politischer Jugend“ praktiziert wird, so können von 1869 Abgeordneten nur 58 als „jung“ bezeichnet werden⁴). So sieht es also mit dem Übertragen von Verantwortung in der politischen Praxis aus.

Die Bildungskatastrophe der Bundesrepublik

Entscheidende Ursachen für das unzureichende Interesse junger Menschen am staatlichen Geschehen und an der Auseinandersetzung mit politischen Fragen sind in unserem völlig veralteten Bildungssystem zu suchen.

In der BRD verläßt immer noch der größte Teil der jungen Menschen — es sind etwa 80 Prozent — bereits mit Vollendung des 14. Lebensjahres die Vollzeitschule und tritt unmittelbar in das Berufsleben ein. Diese jungen Menschen sind auf Grund ihres Alters nicht nur besonderen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt und psychologisch ungenügend auf den Eintritt in die Arbeitswelt vorbereitet, ihnen ist in den meisten Fällen auch nicht das notwendige Mindestmaß an staatsbürgerlichen und politischen Kenntnissen und Verantwortungsgefühl vermittelt worden.

Die Volksschulen stellen also immer noch die wichtigste Bildungsstätte für die junge Generation dar. Unter diesem Gesichtswinkel ist es erschütternd, wenn man liest, daß im Jahre 1970 etwa 120 000 Volksschullehrer fehlen werden.

Andere hochentwickelte Industrienationen haben längst begriffen, daß die achtjährige Vollzeitschule nicht mehr ausreicht. Von 100 14- bis 19jährigen besuchten nach einer Berechnung aus dem Jahre 1961 in den USA 66,2 Prozent, in der UdSSR 48,6 Prozent und in Norwegen, Frankreich und den Niederlanden über 30 Prozent Vollzeitschulen. In der BRD waren es nur 17,6 Prozent! Die 30-Prozent-Grenze werden wir erst (frühestens) im Jahre 1970 erreichen, während die genannten anderen Länder bis dahin einen weiteren wesentlichen Ausbau der über das 14. Lebensjahr hinausgehenden Vollzeitschule erreicht haben werden. So werden vergleichsweise 1970 in den USA 75 Prozenten der UdSSR 60 Prozent und in Frankreich 47 Prozent der 14-bis 19jährigen eine Vollzeitschule besuchen.

Die BRD steht mit der Zahl der Abiturienten im Verhältnis zur Einwohnerzahl erst an achter Stelle in Europa. In keinem Land der westlichen Welt ist die Zahl der Arbeiterkinder an höheren Schulen und Universitäten so gering wie in der Bundesrepublik.

4) Vgl. Prof. Ralf Dahrendorf, Arbeiterkinder an unseren Universitäten, in Die Zeit, Nr. 25/26, 1964.

In der BRD entschließen sich je Jahr rund 250 000 junge Menschen zu einem Studium. In der Sowjetzone sind es rund 270 000. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl ergibt das ein Verhältnis von 4:1 zugunsten der Sowjetzone.

Das Bildungsgefälle innerhalb der Bundesrepublik

Besonders kritisch zu beurteilen ist aber, daß die BRD nicht nur in internationalen Vergleichen schlecht abschneidet, sondern daß es zusätzlich innerhalb unserer Grenzen ein deutlich sichtbares Bildungsgefälle gibt. Auch das ließe sich anhand einer Vielzahl von Zahlen beweisen. Es soll nur eine herausgegriffen werden.

Von einem Vereinigten Europa können wir nicht schon dann sprechen, wenn die Regierungen und Parlamente Kontakt zueinander haben, wenn die Zollschranken abgebaut werden und die Wirtschaft somit besser floriert; entscheidend ist, daß die Menschen, vor allen Dingen die Jugendlichen, zueinander finden. Da die wichtigste Voraussetzung in der Beseitigung von Sprachschwierigkeiten besteht, ist es von Interesse, zu wissen, welche Chancen junge Menschen zur Erlernung einer Fremdsprache haben.

Die Möglichkeit, in der Volksschule eine Fremdsprache zu erlernen, wird heute in Berlin 73 Prozent, in Schleswig-Holstein 47 Prozent, in NRW aber nur 3,5 Prozent und in Rheinland-Pfalz sogar nur 1,7 Prozent aller Volksschüler gegeben. Nach dem Grundgesetz müssen alle jungen Menschen die gleichen Bildungschancen haben. In der Praxis spielt aber ganz offensichtlich der Wohnsitz für die Ausbildungschancen eine wichtige Rolle. Soll man eines Tages tatsächlich am Bildungsgrad erkennen können, aus welchem Land der Bundesrepublik ein Jugendlicher kommt?

Der staatsbürgerliche Unterricht

Dem staatsbürgerlichen Unterricht an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen kommt in bezug auf das Verhältnis junger Menschen zur Politik besondere Bedeutung zu. Häufig wird von jungen Menschen kritisiert, daß diesem Unterricht zu wenig Zeit eingeräumt und daß er von der Form her nicht attraktiv und lebensnah genug gestaltet wird. Gerade bei diesem Unterricht ist ausschlaggebend, wer ihn erteilt und ob die jungen Menschen das Gefühl haben, daß der Unterrichtende hinter dem, was er sagt, mit seiner Persönlichkeit und seiner Überzeugung steht. Das gilt ganz besonders bei dem Versuch der Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit. Der Erzieher muß überzeugend wirken. Dazu kann u. U. gehören, daß er sich zu persönlichen Fehlern oder zumindest Fehleinschätzungen bekennt und gerade dadurch glaubhaft wird.

Neben der zeitlichen Ausdehnung des Unterrichtes ist es erforderlich, mehr als bisher moderne technische Mittel, wie Fernsehen, Rundfunk und Film, einzusetzen. Gleichfalls sollten mehr als bisher qualifizierte Persönlichkeiten aus den politischen Institutionen und aus der Erwachsenenbildung herangezogen werden. Damit könnte der berechtigten Forderung der Jugendlichen, den Unterricht insgesamt attraktiver zu gestalten, Rechnung getragen werden.

Wie kritisch es heute auf dem Gebiet des staatsbürgerlichen Unterrichts aussieht, zeigt folgende Zahl: Statistiker haben errechnet, daß einer normalen Volksschulklasse im ganzen Jahr 15 DM für staatsbürgerliche Bildung zur Verfügung stehen. Das ist der Preis für ein einziges Buch. Die Initiative der SPD, den Schulen entsprechende Bücher zur Verfügung zu stellen, kann deshalb nur begrüßt werden.

Schon die wenigen Zahlen und Fakten, die im Rahmen dieser Abhandlung angeführt werden konnten, beweisen, daß wir in der Bundesrepublik von einer Bildungskatastrophe

sprechen müssen. Unser heutiges Bildungswesen ist in seiner Struktur vor rund 100 Jahren geprägt worden. Junge Menschen sollen also mit einer Bildung, die zum Teil noch nicht einmal den Erfordernissen des 18. und 19. Jahrhunderts entsprach, die Probleme des Jahres 2000 lösen. Die Realisierung der Forderung einer grundlegenden Reform des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens (die seit Jahren auch von den Gewerkschaften erhoben wird) ist deshalb lebensnotwendig. Bildungsunrecht ist heute soziales Unrecht.

Jugend und Politik im geteilten Deutschland

In einer Abhandlung zum Thema „Jugend und Politik“ darf der Hinweis auf die brennende Frage nicht fehlen, daß die Jugendlichen in den beiden Teilen Deutschlands den Kontakt zueinander nicht verlieren dürfen. Die von den politischen Parteien und auch vom DGB vertretene These, nach der Beziehungen zu den Menschen in der Zone gewünscht, aber Kontakte zu den Organen und Funktionären abgelehnt werden, ist allgemein bekannt. Der letzte DGB-Bundeskongreß hat noch einmal durch einstimmigen Beschluß festgelegt, daß keine Kontakte mit den Vertretern des FDGB oder anderen Funktionären des Zonenregimes aufgenommen werden dürfen; solche Kontakte seien mit der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft unvereinbar.

Natürlich muß gerade die politische Jugend (auch die Gewerkschaftsjugend) übergeordnete politische Gesichtspunkte berücksichtigen. In der Zone muß man von einer Staatsjugend sprechen. Wenn unter diesen Umständen die vorhin erläuterte These auf den Bereich der Jugendarbeit übertragen wird, muß das dann in der Praxis nicht bedeuten, daß gar keine (besonders keine politisch wirksamen) Kontakte zu den jungen Menschen im anderen Teil Deutschlands möglich sind? Kommt der, der mit ihnen reden will, überhaupt an einem Kontakt mit der FDJ vorbei?

Das ist gewiß ein sehr heißes Eisen, Aber diese Fragen werden nicht gestellt, um irgend jemand zu provozieren, sondern aus großer Sorge. Andere Organisationen, wie z. B. der CVJM, haben Kontakte zur FDJ. Trotzdem kommt niemand auf die Idee, ihnen eine kommunistische Haltung zu unterstellen.

Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit

Zum Abschluß sei thesenförmig formuliert, welche Aufgaben sich für die Gewerkschaften aus der hier behandelten Problematik ergeben.

1. Wir müssen unsere gesamte gewerkschaftliche Tätigkeit vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit sehen, uns die Zusammenhänge mit unserer Tätigkeit immer wieder vor Augen führen und uns deshalb ständig in unserer Arbeit mit dieser Wirklichkeit auseinandersetzen.

2. Ein wichtiges Ziel unserer gesamten gewerkschaftlichen Arbeit — und speziell der Jugendarbeit — muß darin bestehen, den jungen Menschen unsere Gesellschaft „durchsichtig“ zu machen und sie in die Lage zu versetzen, Einfluß auf die zitierte Wirklichkeit auszuüben.

3. Wir müssen uns immer wieder mit den über unsere Zukunft entscheidenden Bildungsfragen auseinandersetzen und die Verantwortlichen auf ihre groben Versäumnisse hinweisen.

4. Besonders soweit wir in der Gewerkschaftsarbeit und in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit aktiv mitarbeiten, müssen wir es mit unseren Pflichten als Staatsbürger sehr ernst nehmen und somit vorbildhaft wirken. Im Kampf gegen alle undemokratischen und restaurativen Tendenzen dürfen wir nicht nachlassen.

5. Wir müssen unsere staatsbürgerliche und politische Bildungsarbeit intensivieren.

